



Foto: Gubisch

Neue Studie: 13% der GrazerInnen sind armutsgefährdet

Über 33.000 GrazerInnen sind armutsgefährdet. Diese erschreckend hohe Zahl ergab eine Untersuchung im Auftrag von Sozialstadträtin Elke Edlinger, die vergangene Woche präsentiert wurde und zusätzliche Argumente für das von der Stadträtin wenige Tage später vorgestellte „Grazer Aktionsprogramm gegen Armut“ liefert.

13% der Grazer Wohnbevölkerung (2009: 256.586 Personen) verfügen über ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, haben die beiden ForscherInnen Peter Stoppacher und Silvia Paierl vom Insitut für Arbeitsmarktforschung (IFA) errech-

net. Diese liegt derzeit bei ca. 900,- Euro pro Monat; für jeden weiteren Erwachsenen werden 456 Euro, für jedes Kind und jeden Jugendlichen 274 Euro draufgeschlagen.

„Vielen Menschen ist nicht anzusehen, dass sie armutsgefährdet sind oder gar in bitterer Armut leben. Armut ist daher oft für die Gesellschaft und auch für die Politik nicht sichtbar. Und: Was ich nicht sehe, darauf muss ich nicht reagieren – diese Gefahr existiert, wenn wir diesen ‚blinden Fleck‘ nicht ausleuchten. Daher sind genaue Daten, Fakten und Zahlen über die soziale Lage der Grazerinnen und Grazer extrem wichtig. Nur so können wir Löcher im sozia-

len Netz aufspüren und dieses Netz – dort wo notwendig – enger knüpfen“, erläutert Edlinger ihre Motivation, einen Grazer Armutsbericht in Auftrag zu geben, der eben vom Insitut für Arbeitsmarktforschung Steiermark (IFA) erstellt wird und Anfang 2010 vorliegen wird.

Die allgemeine Diagnose lässt sich allerdings schon jetzt stellen: Das Armutsproblem wächst, auch in der steirischen Landeshauptstadt – und es wäre ohne Sozialleistungen mehr als doppelt so groß. Ohne diese hätten 76.970 GrazerInnen – mehr als ein Viertel der Wohnbevölkerung – ein Einkommen unter der Armuts-

gefährdungsschwelle. „Dies zeigt, wie wichtig es ist, den Sozialstaat Österreich nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen“, unterstreicht Edlinger.

Niedrige Einkommen. Die Untersuchung zeigt auch deutlich, wie die Armutsgefährdung zustande kommt. Da sind zunächst einmal niedrige Einkommen: Für 2007 belegen die Grazer Daten, dass 31% der ArbeitnehmerInnen ein Einkommen unter 12.000,- Euro brutto / Jahr beziehen; im Durchschnitt muss diese Gruppe mit einem Netto-Monatseinkommen von EUR 324,- auskommen; 55% dieser Einkommensgruppe sind Frauen.

Arbeitslosigkeit. Ein weiterer Armuts-Faktor ist Arbeitslosigkeit: 38% aller BezieherInnen von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe erhalten Leistungen, die monatlich 600,- Euro nicht überschreiten; 42% derjenigen, die mindestens 6 Monate lang arbeitslos sind, fallen unter die Armutsgefährdungsschwelle – und 52% der ganzjährig Arbeitslosen; in Graz sind derzeit 2.109 Personen langzeitarbeits- und langzeitbeschäftigungslos.

39% aller LeistungsbezieherInnen, aber mehr als die Hälfte (53%) der BezieherInnen niedriger Leistungen unter 600,- Euro.

Sozialhilfebezug. 2008 erhielten 5615 Personen laufende oder fallweise Unterstützung aus dem Sozialhilfefopf der Gemeinde, verglichen mit 2004 ergibt das einen Zuwachs um 783 Personen. Dabei ist die Anzahl der dauerunterstützten Personen im Zeitraum 2007 bis 2008 angestiegen (+554 Personen), jene der fallweise unterstützten hingegen gesunken (-881). Die soziale Segregation der Stadt zeigt sich deutlich anhand der bezirksspezifischen Zahlen: Während am linken Murufer je nach Bezirk nur zwischen 1 und 4% der Bevölkerung Sozialhilfe beziehen, sind es am rechten bis zu 24% (Gries). 70% der BezieherInnen haben die österreichische Staatsbürgerschaft, schon 13% sind unter 25 Jahre alt – was die ForscherInnen als Beweis dafür werten, dass „immer mehr Jugendliche den Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht schaffen.“ Und: Die Hälfte aller Sozialhilfe-BezieherInnen erhalten eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung



Foto: Fischer

Sozialstadträtin Elke Edlinger: „Armut kann nicht nur vom Sozialressort allein bekämpft werden – wir brauchen eine soziale Kommunalpolitik, die von allen Ressorts umgesetzt wird.“

Die absoluten Zahlen der Betroffenen werden mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit weiter steigen. Auch hier sind Frauen besonders betroffen: Sie stellen in Graz zwar nur

– das zeigt, dass die Ersatzrate, also der Prozentsatz des ursprünglichen Erwerbseinkommens, der in der Ar-

Lesen Sie weiter auf Seite 2 →

WIR FÖRDERN ZUKUNFT

Lehre ohne Barriere

Wie können benachteiligte Jugendliche ihre Fähigkeiten entdecken, eine Lehrstelle finden, einen Beruf erlernen, Geld verdienen, sich eine Zukunft aufbauen?

- **Clearingstellen** entwickeln gemeinsam mit den Jugendlichen, ihren Eltern und Lehrern einen individuellen Plan für eine maßgeschneiderte Ausbildung.
- Die **Berufsausbildungsassistenz** unterstützt und begleitet während der gesamten Ausbildungszeit. Bei der „integrativen Lehre“ gibt es zwei Möglichkeiten:
 - Entweder die Lehrzeit wird verlängert,
 - oder es wird ein Teilbereich des angestrebten Berufs erlernt.
- Die **Arbeitsassistenz** unterstützt bei der Suche nach einem passenden Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Das Bundessozialamt – die zentrale Anlaufstelle für Auskünfte zur Integrativen Berufsausbildung in Österreich

Wie halten Sie's mit der Hacklerregelung?

Unter dem – angeblichen – demografischen Druck beschloss die damalige schwarz-blaue Bundesregierung im Juni 2003 eine Pensionsreform. Damals wurden die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer und bei Arbeitslosigkeit abgeschafft; die Abschläge im Fall des Antritts einer Frühpension wurden pro Jahr vor dem regulären Pensionsalter (60 Jahre für Frauen, 65 für Männer) auf 4,2% der Bruttopension angehoben; der Durchrechnungszeitraum wird seit 2004 schrittweise von 15 auf 40 Jahre verlängert; die Steigerungspunkte für die Pensionsberechnung werden ebenfalls schrittweise bis 2011 von 2 auf 1,78% gesenkt, die Zahl der zum Pensionshöchstbezug von 80% der Bemessungsgrundlage erforderlichen Beitragsjahre wurde von 40 auf 45 Jahre angehoben.

„Ausnahme Hacklerregelung“ Eine Ausnahme wurde für Personen vorgesehen, die 45 (bei Frauen: 40) Beitragsjahre aufzuweisen haben – diese können wie bisher ohne Abschläge mit 55 bzw. 60 Jahre in Pension gehen. Diese Regelung, die 2009 auslaufen sollte, wurde dann aber doch bis 2013 verlängert. Nun drängte Finanzminister Pröll auf ein vorzeitiges Auslaufen, vom Koalitionspartner kam dazu ein



Grüne-NAbg. Mag. Werner Kogler: „Lebensarbeitszeitmodelle sollen zur Pensionsberechnung herangezogen werden.“

klares Nein. Wir haben drei steirische Nationalratsabgeordnete – den Bau-Gewerkschafter **Josef Muchitsch**, den grünen Budgetsprecher und Volkswirt **Werner Kogler** und die Universitätsprofessorin und ÖAAB-Generalsekretärin **Beatrix Karl** um ihre Positionen gebeten. Von Prof. Karl haben wir leider trotz mehrfacher Nachfrage keine Stellungnahme erhalten, sodass wir hier nur die Position der steirischen Sozialdemokratie und der Grünen wiedergeben können.

Finanzminister Josef Pröll hat sich für ein vorzeitiges Auslaufen der – bis 2013 beschlossenen – Hacklerregelung ausgesprochen, Kanzler Werner Faymann hält hingegen nichts davon. Was ist Ihre Position dazu?

NAbg. Josef Muchitsch (SPÖ): Vorab: Der Begriff „Hacklerregelung“ ist irreführend. Ein Hackler – übrigens eine schreckliche Bezeichnung – erreicht diese Regelung kaum oder gar nicht. Wer kennt in der Praxis einen Schwerarbeiter, welcher 45 Beitragsjahre erreichen konnte, weil er nie arbeitslos, nicht längerfristig im Krankenstand war und mit 60 noch topfit ist? Nun zum Herrn Pröll. Gibt es ein gültiges Koalitionsabkommen zur Beibehaltung der Hacklerregelung bis 2013 mit der Unterschrift von Josef Pröll oder nicht? Ja, es gibt dieses. Pröll soll sich an Vereinbarungen und Versprechen an die Menschen halten. An einer neuen Regelung wird auf politi-

scher Ebene bereits verhandelt.

NAbg. Mag. Werner Kogler (Grüne): 2008 wurde die Hacklerregelung sie mit den Stimmen aller Parteien verlängert. Die schnelle vorzeitige Abschaffung wäre mit Sicherheit verfassungswidrig und würde vor allem jungen Menschen auf den Kopf fallen, da generell gilt: Das Pensionssystem ist kritisch zu hinterfragen, gleichzeitig dürfen aber Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt – vor allem bei den Jungen – nicht außer Acht gelassen werden: In der konkreten Situation würde die Arbeitslosigkeit bei den Jungen steigen.

Wir treten daher strikt gegen eine abrupte Abschaffung ein. Klar ist aber, dass ab 2013 eine neue Regelung in Kraft treten muss, die einerseits die Anhebung des Pensionsalters für Frauen berücksichtigt (die mit der gegenwärtigen Hacklerregelung technisch unvereinbar ist) und andererseits den Bedürfnissen von SchwerarbeiterInnen Rechnung trägt.

Laut Finanzministerium suchen derzeit vor allem Gewerbetreibende und Bauern um die Hacklerregelung an. Auch viele Beamte gehen mit Hilfe der Hacklerregelung frühzeitig in Pension. Demnach ist die Gruppe der SchwerarbeiterInnen gar nicht die größte Be-

die Invaliditätspension akzeptieren. Die so genannte „Hacklerregelung“ ist insofern ungerecht, als sie praktisch nur bestimmten Berufsgruppen offensteht.



SPÖ-NAbg. Josef Muchitsch: „Invaliditätspensionisten werden mit höheren Abschlägen bestraft“

Wie könnte eine neue Regelung ab dem Jahr 2013 für eine höhere Treffsicherheit sorgen?

Muchitsch: Am Prinzip „45 Jahre sind genug“ sollte man festhalten. All jene Menschen, welche 45 Jahre lang Beiträge einzahlen, sollten die Möglichkeit haben, in Pension zu gehen. Andererseits wissen wir, dass die Lebenserwartung auch in Zukunft weiterhin steigen wird. Mein Vorschlag ist daher, das vorzeitige Pensionsantrittsalter der Hacklerregelung auf 62

Jahre zu erhöhen, den Nachkauf von Schulzeiten zu streichen und jenen, welche trotzdem mehr als 45 Beitragsjahre erreichen, einen finanziellen Bonus zu gewähren.

Kogler: Unser Pensionssystem ist reformbedürftig – das ist allen Vernünftigen klar. Dass die so genannte „Hacklerregelung“ ungerecht ist, ebenfalls. Die simple Forderung nach längerer Arbeit greift allerdings zu kurz.

Wir sprechen uns daher für eine relativ rasche Einschleifregelung der so genannten „Hacklerregelung“ aus. Die Pension aufgrund langer Versicherungsdauer muss zurückgefahren werden, während die Pension für

nachweislich schwere Arbeit besser gestellt werden muss.

Nach wie vielen Jahren schwerer, unselbständiger Beschäftigung sollten ArbeitnehmerInnen ohne Abschläge in Pension gehen können?

Muchitsch: Bei Vorliegen von Schwerarbeit wären 37,7 Versicherungsjahre fair. Das sind genau jene Versicherungszeiten, welche Schwerarbeiter bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben derzeit im Durchschnitt erreichen.

Kogler: Das lässt sich nicht pauschal beantworten, sondern hängt mit der berufsabhängigen Belastung zusammen.

Die Darstellung, wonach ÖsterreicherInnen besonders früh in Pension gehen, ist nämlich eine sehr einseitige: In Österreich treten die Menschen besonders früh in den Erwerbsprozess ein (einerseits als Lehrlinge, andererseits aber auch, weil 85% aller Menschen, die eine weiterführende Ausbildung absolvieren, dies bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit machen; drittens, weil etwa Präsenzdienst/Zivildienst in Österreich immer kürzer war als in allen Vergleichsländern) und haben in der Erwerbsphase die europaweit längsten Wochenarbeitszeiten. Kurz: In Österreich wird in der Erwerbsphase besonders viel gearbeitet.

Daher müssen mehr Lebensarbeitszeitmodelle mit mehr individueller Freiheit angedacht werden, bei denen eine abschlagsfreie Pension nach einer bestimmten Gesamtanzahl von Lebensarbeitsstunden möglich ist.

➔ beitslosigkeit vom AMS bezahlt wird, weitaus zu niedrig angesetzt ist. Edlinger: „Derzeit liegt diese in Österreich bei rund 55%, eine Erhöhung auf 70% und somit eine Anpassung an den EU-Schnitt wäre dringend notwendig.“

Pensionen. Ein Drittel aller Grazer PensionistInnen muss mit durchschnittlich 595,- Euro pro Monat auskommen, 75% der Betroffenen sind weiblich. Die Zahl der Ausgleichszulagenbezieherinnen ist seit Dezember 2006 kontinuierlich angestiegen, 63% der AusgleichszulagenbezieherInnen waren Frauen.

Geschlecht als Armutsgefährdung. Auch die aktuelle Untersuchung be-

stätigt das Diktum, dass Armut weiblich sei: 32% der Ein-Eltern-Haushalte – zumeist Alleinerzieherinnen –, 27% der Frauen in Pension und 22% der allein lebenden Frauen ohne Pension sind armutsgefährdet.

Für eine soziale Kommunalpolitik. Das von der Sozialstadträtin vorgestellte Aktionsprogramm gegen Armut, das vom Sozialressort gemeinsam mit dem Verein ERfA ins Leben gerufen wurde und an dem über 150 Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mitgearbeitet haben, beinhaltet eine Reihe an konkreten Handlungsvorschlägen, wie dem steigenden Armutsproblem begegnet werden kann. Die Palette reicht dabei von Maßnahmen, die

der Bund treffen muss – wie etwa der Einführung einer wirklich existenzsichernden bedarfsorientierten Mindestsicherung – bis hin zu solchen, die im unmittelbaren Wirkungsbereich der Stadt getroffen werden können, etwa der Schaffung von sozialen Treffpunkten ohne Konsumationszwang, einer früheren Hilfestellung für Suchtkranke, Hilfe für Alleinerzieherinnen im Krankheitsfall oder der Möglichkeit von Ratenzahlungen bei städtischen Gebühren. Das alles muss ressortübergreifend realisiert werden, betont Edlinger: „Wir müssen die Sozialpolitik weiterentwickeln: Es braucht nicht nur eine kommunale Sozialpolitik, sondern auch eine soziale Kommunalpolitik.“

| Christian Stenner



Auch die neuen Grazer Armutsdaten zeigen deutlich: Armut ist weiblich – und Alleinerzieherinnen sind besonders armutsgefährdet.

Mindestsicherung: Sie kommt – sie kommt nicht – sie kommt (aber auf Krücken)

2007: Die neue Bundesregierung, bestehend aus der SPÖ unter Alfred Gusenbauer und der ÖVP unter Willi Molterer, beschließt, die zunehmende Armut nicht weiter zu ignorieren. Ins Koalitionsabkommen wird unter dem Titel „Armutsbekämpfung“ die „Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung“ aufgenommen. Diese soll vierzehnmals jährlich ausbezahlt werden und 2007 genau 726,- Euro brutto betragen; der Ausgleichszulagenrichtsatz soll entsprechend erhöht werden. Schon damals erklärt die Politikwissenschaftlerin Mag.^a Margit Appel gegenüber dem KORSO: „Die Armutsschwelle – 60% vom Medianeinkommen – liegt derzeit bei 900,- Euro, da fragt man sich schon, mit welcher Berechtigung dieser Beschluss als ‚Abschaffung der Armut in Österreich‘ verkauft wird.“

179 Euro unter der Armutsschwelle. Da die Bundesländer (u.a. wegen der notwendigen Vereinheitlichung der Sozialhilfe) „mitspielen“ mussten, nutzte der Kärntner LH Haider die Möglichkeit, die Umsetzung zu blockieren. Und auch die ÖVP wollte nicht mehr so recht ... schließlich kündigte Wilhelm Molterer die Koalition auf, schon 2008 kam es zu Neuwahlen mit dem bekannten Ergebnis und der Neuaufgabe einer rot-schwarzen Koalition, diesmal unter Werner Faymann und Erwin Pröll. Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung wurde allerdings auf die lange Bank geschoben: Der frühere Sozialminister Erwin Buchinger, ein erklärter Anhänger der Mindestsicherung, gehörte der neuen Bundesregierung nicht mehr an. Und auch Haider's Nachfolger Gerhard Dörfler setzte die Blockadepolitik seines Vorgängers fort: Der schon angekündigte Einführungstermin – der erste Jänner 2010 – muss wieder zurückgenommen werden. Schließlich reißt Sozialminister Rudolf Hundstorfer der Geduldtsfaden: Er erklärt, dass die Mindestsicherung auch ohne Kärnten realisiert wird – spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2010. Am 28. Juli beschließt die Bundesregierung, dass die bedarfsorientierte Grundsicherung mit 1. September 2010 eingeführt wird; sie soll 733,- Euro betragen und nur 12- statt 14-mal ausbezahlt werden. Damit liegt sie um 179,- Euro unter der Armutsschwelle, die derzeit 912,- Euro beträgt.

Einer der vehementesten Befürworter einer Mindestsicherung – und gleichzeitig ein Kritiker ihrer jetzt von der Koalition beschlossenen Fassung – ist der grüne Nationalratsabgeordnete und Sozialsprecher **Karl Öllinger**. Im KORSO-Gespräch mit Christian Stenner ging er hart mit der Armutsbekämpfungs-Strategie der Bundesregierung ins Gericht.

Herr Abgeordneter, in einer Aussendung haben Sie jüngst erklärt: „Eine Mindestsicherung, nicht die Armutsgrenze erreicht, sondern – über das Jahr gerechnet – deutlich unter dem Schwellenwert liegt, sichert nicht gegen Armut.“ Das erscheint plausibel – aber warum ist die Bundesregierung anderer Meinung?

Die Mindestsicherung war das einzige markante Projekt der Gusenbauer-Regierung, auch wenn die Rahmenbedingungen noch Gegenstand der Diskussion waren. Faymann hat nur den Titel Mindestsicherung in die neue Regierung gerettet. Sie war ein Prestigeobjekt der SPÖ, aber kein geliebtes. Und dann hat die ÖVP sehr viel dazu getan, um das Projekt an den Rand einer tragfähigen Lösung zu bringen. Die zwölfmalige Auszahlung führt etwa zur absurden Situation, dass eine 59-jährige Arbeitslose den Betrag zwölfmal bekommt

– als Pensionistin ein Jahr später aber 14-mal.

Der Finanzminister argumentiert den niedrigen Auszahlungsbetrag mit dem Lohnabstandsgebot.

Damit gibt er ein zweites Armutproblem zu: Nämlich, dass in Österreich

Wie sieht es mit den Zumutbarkeitsbestimmungen aus?

Die sollen zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherungsrecht vereinheitlicht werden, was wiederum tendenziell für Wien eine Verschärfung bedeuten könnte, weil dort die Zumutbarkeitsbestimmungen für die Sozi-

arbeiten will, kann alles verlieren, außer die Unterstützung fürs Wohnen. Ich gestehe dem Gesetzgeber, so lange wir kapitalistische Verhältnisse haben, auch zu, dass er verlangt, dass Menschen, die eine Arbeitsmöglichkeit haben, diese auch nutzen. Was ich ihm aber nicht zugestehe, ist, dass er ohne eine Mindestlohnschranke dazu gezwungen werden kann, irgendeinen 500-Euro-Job als Abwäscher anzunehmen. Daher ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes – wir fordern 1300,- Euro monatlich – ein absolutes Muss.

Im Wesentlichen gibt es also zwei Kritikpunkte von Ihrer Seite, die nicht ausreichende Höhe, die jetzt noch einmal durch die nur zwölfmalige Auszahlung verringert wurde, und die Tatsache, dass es sich ohne einen begleitenden Mindestlohn um ein Disziplinierungsinstrument handelt. Gibt es gar keine Verbesserungen?

Doch, es gibt im jetzigen Entwurf ein paar kleine Verbesserungen, die man durchaus erwähnen soll, etwa die Abschaffung des Regresses – also der Pflicht, die Beihilfen nach Möglichkeit später zurückzuzahlen. Was die Leistungshöhe betrifft, werden wahrscheinlich viele früherer Sozialhilfempfangler um 10, 20 oder 30 Euro pro Monat mehr am Konto haben – das ist natürlich nicht besonders viel. Zumindest wird das ebenfalls angekündigte Verschlechterungsverbot verhindern, dass sie – was in ungünstigen Fällen prinzipiell möglich wäre – weniger bekommen als jetzt. Eine eindeutige Verbesserung ist die Tatsache, dass man Anspruch auf die Mindestsicherung hat, wenn man Angehörige ab der Pflegestufe drei pflegt, natürlich nur, wenn die sonstigen Einkommensvoraussetzungen stimmen. Allerdings ist bis jetzt noch sehr viel offen, was die Umsetzung betrifft – zum Beispiel die bereits angesprochene Frage, wer

die Leistung administriert oder wie die Zumutbarkeitsbestimmungen genau aussehen werden. Das ist eine Menge praktischer Fragen, die die Administration wahrscheinlich noch zur Verzweiflung bringen wird. Und dann werden wir natürlich auch noch weiterhin die Sozialhilfegesetze benötigen.

Weil nicht alle von der Mindestsicherung erfasst werden.

Ja, z.B. der gesamte geschlossene Pflegebereich; ein großer Teil der Sozialhilfe-Budgets der Länder fließt ja in die Pflegeheime. Und dann natürlich auch jene, die Hilfe in besonderen Lebenslagen benötigen. Zu den noch ungeklärten Fragen zählt übrigens auch noch die Haltung der Länder, die arbeiten gerade an dem Entwurf, den das Ministerium ausgesandt hat. Ich vertrete zum Einen die Position, dass der Bund die Regelleistung der Mindestsicherung zur Gänze übernimmt. Einer Lösung, die den Ländern einen Teil davon aufbürdet und ihnen die Auslagen dann wieder über den Finanzausgleich refundiert, kann ich nichts abgewinnen, weil sie nicht transparent ist. Zum Anderen muss aber klar sein, dass die Länder dadurch entlastet werden.

Zum Abschluss: Wie sehen Sie die Rolle der beiden Regierungspartner beim Zustandekommen dieses mehr als holprigen Kompromisses?

Die SPÖ ist einer mehr als unglücklichen Situation, weil sie immer erklärt hat, man wolle mit der Mindestsicherung Armut vermeiden – wenn die Leistung aber deutlich unter der Armutsschwelle angesetzt wird, weil die ÖVP das so wollte, dann hat die SPÖ ihr Ziel ebenso deutlich verfehlt. Und der ÖVP ist – auch wenn sie das nie offen sagen würde, mit Ausnahme von Barstenstein – sehr wichtig, dass die Sozialleistungen nicht zu hoch sind, damit die Menschen jeden noch so schlechten Job annehmen müssen.



NAbg. Karl Öllinger, Grüne: „Der ÖVP ist wichtig, dass die Sozialleistungen nicht zu hoch sind, damit die Menschen jeden noch so schlechten Job annehmen müssen.“

manche Löhne so niedrig sind, dass sie trotz Vollzeitarbeit ebenfalls nicht gegen Armut sichern können.

In der Mindestsicherung steckt laut Minister Hundstorfer bereits ein Anteil von 180,- Euro Wohnbeihilfe – das reicht doch normalerweise nicht zum Wohnen.

Nein, der Rest soll durch die Wohnbeihilfe der Länder abgedeckt werden. Da billige ich auch den Ländern bzw. den Gemeinden die größte Kompetenz zu, weil sie die lokalen Verhältnisse besser kennen, die ja auch zu starken Unterschieden im Bedarf führen können. Das gilt auch für zusätzliche Hilfe in besonderen Lebenslagen oder spezielle Betreuungslösungen.

Steht schon fest, wie die Mindestsicherung beantragt und wie sie ausgezahlt werden soll? Da gab es ja immer verschiedene Argumente: Die einen bevorzugen z.B. das Arbeitmarktservice, weil es anonym sei als die bisher für die Sozialhilfe zuständigen Gemeindeämter, andere wiederum meinen, dass die AMS-BetreuerInnen nicht über die Ausbildung verfügen, um die Betroffenen über die Antragstellung und Auszahlung hinaus richtig zu betreuen – etwa indem sie ihnen passende Therapieangebote, Schuldenberatung, Wohnungsberatung oder Ähnliches vermitteln.

Es sollte auf jeden Fall ein Anlaufstelle geben, die einfach nach den vorliegenden Einkommenskriterien beurteilt, ob der/die AntragstellerIn leistungsberechtigt ist – das sollte das AMS sein. Alles Weitere müsste von anderen Stellen geleistet werden, aber natürlich braucht es da eine klare Zuordnung. So, wie es jetzt aussieht, wird wahrscheinlich alles so bleiben, wie es ist. Diejenigen, die bisher Sozialhilfe bezogen haben, werden von den Sozialämtern administriert, diejenigen, die Arbeitslosen- oder Notstandshilfe bezogen haben, übers AMS.

hilfe milder sind als in den anderen Bundesländern. Wobei es ganz sicher eine Verschärfung geben wird: Wer arbeitsunwillig ist, dem kann die Mindestsicherung stufenweise bis zur Hälfte gekürzt werden. Und wer gar nicht

Pflege-Implacement-Stiftung: 240 Arbeitsplätze

Während in anderen Bereichen die Arbeitslosigkeit steigt, ist's im Gesundheits- und Pflegesektor genau umgekehrt: Da steigt die Zahl der mangels qualifizierter BewerberInnen vorgezeichneten offenen Stellen. Mit einer neuen Implacementstiftung wollen das Sozialressort des Landes und das AMS nun zumindest 240 ArbeitnehmerInnen für diese Arbeitsplätze qualifizieren.

Eine Implacementstiftung ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument: Weil dabei Menschen punktgenau und unter Beteiligung der nachfragenden Unternehmen für

freie Arbeitsplätze qualifiziert werden, geht die Erfolgsrate gegen 100%.

„Im Pflegebereich haben wir derzeit 580 gemeldete offene Stellen und 130 gemeldete Arbeitslose, das heißt, einen Überhang von 450 freien Stellen“, sagt Mag. **Karl Heinz Snobe**, der Chef des steirischen Arbeitmarktservice. Davon könnten 250 sofort besetzt werden; für nächstes Jahr nennen die Vertreter der Pflege-Unternehmen ähnliche Zahlen, 2011 sollen dann sogar 500 Stellen zu besetzen sein – auch wegen der neuen Personalschlüsselverordnung des Landes Steiermark, die eine Verringerung der PatientInnen-Zahl pro BetreuerIn vorsieht.

Pflegeausbildung ist nicht „das Ende der Karriere“. Für Soziallandesrat **Siegfried Schrittwieser** ist es wichtig, dass „gut ausgebildete BetreuerInnen mit den alten Menschen arbeiten“, die Ausbildung – die vom Consulting- und Qualifizierungsunternehmen Alea organisiert wird – dauere je nach Berufsbild zwischen vier und zwölf Monaten, die Gesamtkosten der Ausbildung werden 1,2 Mio Euro betragen. 22% davon trägt das Land, 29% das AMS, 49% die Unternehmen; das Arbeitmarktservice zahlt zusätzlich das Stiftungsbetriebslosgeld. Interessierte müssen beim AMS vorgemerkt sein, ein Eingangsassessament ist vorgeschrieben, damit nur für den verantwortungsvollen Pflegeberuf geeignete KandidatInnen die Ausbildung absolvieren, das Mindestalter beträgt 18 Jahre, das Einstiegsgehalt ca. 1300 bis 1400 Euro brutto. Und „Mit der Pflegeausbildung ist heutzutage kein Ende der Karriere erreicht“, betont Snobe. „PflegehelferInnen können sich berufsbegleitend zu diplomierten Pflegekräften aufschulen lassen – ebenfalls mit Unterstützung durch das AMS und das Land Steiermark.“

Soziallandesrat Schrittwieser nutzte die Gelegenheit, bei der Vorstellung der Implacement-Stiftung auf die allgemeinen Finanzierungsprobleme im Pflegebereich hinzuweisen: Bei seinem nächsten Besuch bei Sozialminister Hundstorfer werde er die Finanzierungsfrage wieder ansprechen. | cs



Landesrat Siegfried Schrittwieser, AMS-Chef Karl Heinz Snobe: Land und AMS bemühen sich gemeinsam um Qualifikationsmaßnahmen für den Pflegebereich.

MAFALDA - Töchter-Tag

Berufsorientierung einmal anders: Bereits zum 6. Mal organisierte die steirische Mädcheneinrichtung MAFALDA das Berufsorientierungsprojekt TöchterTag.

In diesem Jahr wurde erstmals allen steirischen Hauptschulen, Neuen Mittelschulen und AHS-Unterstufen eine Teilnahme am TöchterTag angeboten. Am 06. November hatten daher über 1.200 Schülerinnen im Alter von zehn bis 14 Jahren aus 64 steirischen Schulen Gelegenheit, einen Arbeitstag mit einem Elternteil, vorzugsweise in einem handwerklich-technischen Berufszweig, zu erleben. Gastgeber sind die Betriebe, in denen ein Elternteil oder eine andere erwachsene Bezugsperson beschäftigt ist. Somit erhalten die Mädchen eine realistische Vorstellung von der Arbeitswelt. Diese Erfahrung kann sie darin bestärken, eine Berufswahl zu treffen, die – unabhängig vom Geschlecht – ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Als spezielle Form der Berufsorientierung eröffnet der TöchterTag einer großen Anzahl von Mädchen frühzeitig die Chance, realistische Vorstellungen von der Arbeitswelt zu bekommen, in technischen Berufsfeldern zu „schnuppern“ und damit ihren Hori-

zont an Berufswahlmöglichkeiten zu erweitern.

Je früher, desto besser. Zahlreiche Studien belegen, dass Mädchen in ihrer Kindheit eine ähnliche Bandbreite an Wunschberufen aufweisen wie Burschen und auch viele nicht-traditionell weibliche Berufswünsche haben. Je näher die tatsächliche Ausbildungswahl jedoch heranrückt, umso mehr schränken sich die Berufsvorstellungen der Mädchen auf traditionell weibliche ein. Im Jahr 2008 waren in der Steiermark noch immer 61,8% der weiblichen Lehrlinge in den schlechter bezahlten Lehrberufen Einzelhandels-, Bürokauffrau, Friseurin und im Gastgewerbe beschäftigt. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern ist es wichtig, Mädchen so früh wie möglich zu ermutigen, eine Vielzahl von Ausbildungen in Betracht zu ziehen. Für jene Mädchen, die keine Möglichkeit haben, eine Person an den Arbeitsplatz zu begleiten, veranstaltete MAFALDA eine Technik-Rallye mit handlungs- und erlebnisorientierten Zugang. Durch Mit-Mach-Stationen konnte ein Einblick in die Tätigkeiten verschiedener Berufe ermöglicht werden. Finanziert wurde das Projekt „MAFALDA-TöchterTag“ vom Land Steiermark. | gm



Der Töchtertag soll Lust auf technische Berufe wecken

Hunger auf Kunst und Kultur: Aktionstag 2009

„Armut fängt dort an, wo Kultur nicht mehr möglich ist. Kunst ist aber notwendig“, hat eine Kulturpassinhaberin gesagt, und dem kann ich mich nur anschließen.“

Ich habe mir als neue Kulturlandesrätin eines fest vorgenommen: Ich möchte die Kunst und Kultur in unserem Land so vielen Menschen wie möglich zugänglich machen. Wie wichtig die Initiative ‚Hunger auf Kunst und Kultur‘ ist, zeigt auch der rege Zuspruch: 7.000 steirische KulturpassbesitzerInnen sprechen eine deutliche Sprache“,



Landesrätin Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath eröffnete den Aktionstag 2002 von Hunger auf Kunst und Kultur.

so Landesrätin Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath bei der Eröffnung des Aktionstages von Hunger auf Kunst und Kultur am 14. Oktober in der Grazer Herrengasse. Saxophonklänge einer Studierenden der Kunstuniversität Graz leiteten die sehr gut besuchte Eröffnung ein und unterhalten das Eröffnungsfrühstück.

Von „Kabale und Liebe“ bis Workshops im MUWA und im FRida & freD. Nach dem Eröffnungsfrühstück gab

es den ganzen Tag über kostenfrei zugängliche Veranstaltungen. Von den Aufführungen von „Kabale und Liebe im Schauspielhaus Graz und „Madame Butterfly“ in der Oper Graz über eine Schlossbergführung, eine Besichtigung des neuen Archäologiemuseums im Schloss Eggenberg, Ausstellungen und Filmvorführungen im stadtmuseumgraz, MUWA – Museum der Wahrnehmung, in der Galerie Kon-Temporär und Galerie Blaues Atelier sowie Workshops zum Thema Foto & Film, unter anderem im FRida & freD reichte das Angebot, das sehr gut angenommen wurde – fast alle Veranstaltungen waren restlos ausgebucht! „Überrascht vom großen Zuspruch waren nicht nur unsere Partnerinstitutionen aus dem Kunst- und Kulturbereich, sondern auch unsere PartnerInnen in den sozialen und karitativen Einrichtungen waren erfreut über die rege Teilnahme. Bei allen möchten wir uns für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken.“ freut sich **Isabella Holzmann**, Initiatorin und Organisatorin von Hunger auf Kunst und Kultur Steiermark. | dw

Muslimin setzte sich für ihr Recht auf Arbeit ein

Im Februar 2007 hat sich eine mutige muslimische Migrantin dazu entschlossen, die Gleichbehandlungsanwaltschaft (GAW) anzurufen, da sie in einem großen Grazer Textilbetrieb aufgrund ihres Wunsches auch während der Arbeit ihr Kopftuch tragen zu dürfen nicht eingestellt wurde. Die Firma argumentierte mit Sicherheitsbedenken und bekam Recht. Daraufhin argumentierte die GAW damit, dass es Möglichkeiten des Kopftuchtragens gibt, die den Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Im April 2009 wurde das Verfahren mit einem Vergleich beendet. Die Firma verpflichtete sich, Kopftücher in Amira-Form in Zukunft zuzulassen und handelte so im Sinne des Rechts auf Gleichbehandlung und freie Religionsausübung.

AVISO

WARE FRAU – Menschenhandel von Afrika nach Europa

In der Schwerpunktreihe des Katholischen Bildungswerkes „Werte, SINN und Freude – LEBENSFRAGEN an Kirche und Politik“, die noch bis 22. November stattfindet, lädt das Katholische Bildungswerk der Pfarre Hitzendorf am Freitag, **20. November um 19.30 Uhr** zum Vortrag **„WARE FRAU – Menschenhandel von Afrika nach Europa“** von **Mary Kreutzer**, Concordia-Preisträgerin, in den Medienraum der Hauptschule Hitzendorf ein. Infos: www.bildung.graz-seckau.at

Bildungsprogramm der alpha nova Akademie

Die alpha nova Akademie ist Begleiter und Berater für Menschen mit Lernschwierigkeiten in der integrativen Erwachsenenbildung. Wir vermitteln interessierte Personen in integrative Kurse von bestehenden Bildungseinrichtungen, wie Volkshochschule, Berufsförderungsinstitut (bfi) oder ähnliche. Die alpha nova Akademie ist ein Angebot von alpha nova. Informationen und Programm: www.akademie.alphanova.at

FRida und freD – Extras im November und Dezember:

VIVID: Offenes Elterncafé: Wie schütze ich mein Kind vor Sucht? 13. und 20. November 2009, Beginn: jeweils 19.00 Uhr, Kindermuseum „FRida & freD“. Referent: Mag. Herwig Thelen, Psychologe und Abteilungsleiter für den Bereich Kindesalter bei VIVID, Fachstelle für Suchtprävention, Kosten: 10 EUR pro Familie + Gratis-Eintritt für zwei Kinder pro Familie + Gratis-Kinderbetreuung durch VIVID. Kostenlos mit „ZWEI & MEHR“-Gutschein! Anmeldung: 0316 / 82 33 00 oder herwig.thelen@vivid.at

Experimenteller Advent
Singende Lineale, explosive Lebensmittel, drängelndes Eis und weißes Licht, das in allen Farben scheint – jeden Adventssonntag kannst du mehr über die Geheimnisse, die in den Dingen stecken, die uns alltäglich umgeben, entdecken. Workshop, ab 4 Jahren, Jeden Adventssonntag, 14.30 – 16.00 Infos: www.fridaundfred.at

Aufgefallen

Die g’sunde Watsch’n oder Was Erwachsene schon immer über Kinderrechte wissen wollen sollten!

von Christian Theiss



Vor zwanzig Jahren wurde in der UN-Kinderrechtskonvention das Recht von Kindern auf Schutz vor Gewalt, Misshandlung, Vernachlässigung oder Ausbeutung in der Familie definiert (Artikel 19). Genauso lange ist es her, dass in Österreich das Verbot, Gewalt als Erziehungsmittel einzusetzen, gesetzlich verankert wurde. Das ist vor allem **Hans Czernak** zu verdanken, der als nimmermüder Vorkämpfer für eine humane, gewaltfreie Erziehung schon früh erkannte, dass die g’sunde Watsch’n sehr wohl schadet und krank macht. Doch wie uns Statistiken oder auch die tägliche Zeitungslektüre zeigen, ist Gewalt im Umgang mit Kindern immer noch in verschiedenster Form allgegenwärtig. Und Gewalt hat viele Gesichter... Sie reicht vom Lächerlichmachen in der Öffentlichkeit über den scheinbar harmlosen Klaps bis zu Prügel oder sexuellem Missbrauch mit tödlichem Ausgang. Wie ist das möglich in einem zivilisierten, reichen Land wie Österreich? Eine groß angelegte Vergleichsstudie unter 5 EU-Staaten, die Mitte November veröffentlicht wird und an der, neben Schweden, Frankreich, Deutschland und Spanien, auch Österreich teilnahm, wird Interessantes zutage fördern: So gibt es in Schweden seit 1979 ein Gewaltschutzgesetz, das sehr erfolgreich im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist. Untersuchungen dort zeigen einen signifikanten Rückgang an körperlicher Gewalt gegenüber Kindern. Bei uns jährt sich das Gewaltverbot heuer bereits zum 20. Mal, scheint aber in den Köpfen der Menschen nicht so präsent zu sein. Zwar hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten seit Einführung des Gesetzes in Österreich einiges verbessert – doch muss noch viel

getan werden. Zu oft kommt noch immer die g’sunde Watsch’n zum Einsatz (und Luca ist nur ein schlechtes Beispiel). Was macht den Unterschied zwischen Österreich und Schweden? Simpel ausgedrückt: Wissen, Information, Aufklärung, Bildung! Um das Gewaltschutzgesetz zu propagieren, gab es in Schweden Kampagnen mit bekannten Persönlichkeiten wie **Astrid Lindgren** – und ja, das hat Geld gekostet und seine Zeit gebraucht. Aber es hat gewirkt! Und es wirkt auch bei uns. Dafür braucht es breit angelegte Information für die Öffentlichkeit und ausreichend finanzielle Mittel für alle Einrichtungen, die mit oder für Kinder und Jugendliche arbeiten. Zum Beispiel eine gut ausgestattete und keine kaputt geparpte Jugendwohlfahrt. Sich und andere im Bereich der Kinderrechte weiterzubilden, ist eine Bringschuld von uns Erwachsenen gegenüber der nächsten Generation! Es sollen nicht weitere 20 Jahre vergehen, in denen sich nichts oder nicht viel für die Kinder ändert!

Für Gewalt an Kindern gibt es keine Entschuldigung – sie muss und kann verhindert werden! Setzen auch Sie sich mit uns dafür ein, dass Gesetze eingehalten und positive Modelle der Kindererziehung gefördert werden. Nur so kann die Missachtung der Kinderrechte einer Sensibilisierung für die Rechte von Kindern Platz machen! Bilden Sie sich, informieren Sie sich und klären Sie andere auf! Das ist der Auftrag an uns alle und hier sind Links, die Ihnen dabei helfen können: www.kija.at, www.kinderhabenrechte.at; www.coe.int/children

Christian Theiss ist steir. Kinder- und Jugendanwalt

Helfen und helfen lassen

Seit 1974 treffen sich die Grazer Anonymen Alkoholiker, um ihre Erfahrung rund um ihre Sucht auszutauschen. Mit dem Wunsch, trocken zu werden, hilft die Gemeinschaft den TeilnehmerInnen, ihr Problem zu artikulieren und sich mit ihrer Krankheit auseinander zu setzen. Die zwölf Schritte, die nicht nur einen Ausweg aus der Abhängigkeit bieten können, sondern vielmehr ein spirituelles Lebensprogramm darstellen, helfen den MitgliederInnen ihr Leben in Selbstverantwortung zu führen. Schritt für Schritt finden die Betroffenen ihren eigenen Weg aus der Krankheit, ohne Ratschläge oder Belehrungen zu erhalten. Auch Familienmitglieder und Freunde von

koholikerInnen bietet das Zwölf-Schritte-Programm Hilfestellung. Ihre Aufgabe besteht unter anderem darin, sich von Schuldwweisungen loszulösen und ihre eigene Machtlosigkeit zu erkennen. Die Anonymität der Beteiligten stellt sicher, dass sich hilfesuchende Menschen ohne Scheu anschließen. Es wird keine Person in den Vordergrund gestellt, die für die Vorstellungen der Gruppe wirbt, noch werden Gebühren oder Mitgliedsbeiträge eingefordert. Ziel der AA ist es, trocken zu bleiben und auch anderen AlkoholikerInnen zur Nüchternheit zu verhelfen. Infos: stmk-kt@anonyme-alkoholiker.at oder unter 0316/57 47 40

KindergartenpädagogInnen begrüßen Bildungsrahmenplan

„Wir begrüßen den bundesländerübergreifenden Bildungsrahmenplan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich, der das gesamte Spektrum frühkindlicher Entwicklungsmöglichkeiten umfasst“, sagt **Brigitte Ruprecht**. Die Vorsitzende der Berufsgruppe steirische Kindergarten- und HortpädagogInnen, die in der Steiermark rund 500 Kindergarten- und HortpädagogInnen in Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhäusern, heilpädagogischen Einrichtungen und Horten vertritt, zeigt sich auch erfreut darüber, dass eine „intensive Diskussion über die Qualität der frühkindlichen Bildung“ in Gang ge-

kommen sei. Denn deutlicher als bisher würden Kinderkrippen, Kindergärten und Horte als Orte der Bildung verstanden. Die Interessensvertretung fordert ferner Qualitätsstandards hinsichtlich der Gruppengröße, des Personalschlüssels, der räumlichen und materiellen Ausstattung sowie der Qualifikation des Personals. Als Gründungsmitglied des Österreichischen Dachverbandes der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen (ÖDKH) unterstützt die Berufsgruppe steirischer Kindergarten- und HortpädagogInnen österreichweite Forderungen und wird sie der Bundesregierung im November präsentieren.

Beschäftigungspolitisches Forum

Da sich die Lage am Arbeitsmarkt 2010 noch weiter zuspitzen dürfte, trafen sich die Mitglieder der steirischen Landesregierung mit Vertretern von AMS, Gewerkschaft und Industrie zu einem beschäftigungspolitischen Forum. Über die insgesamt sechs vom Sozialressort des Landes ins Leben gerufenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die Projekte JobConnect, Bildungskarenz plus, Unternehmensstiftungen, Ausbildungs paket für Lehrlinge, Gemeindekooperationen sowie eine Ausbildungs offensive zog LH-Stv. **Siegfried Schrittwieser** Bilanz: „Viele der Projekte sprechen unmittelbar die Jugend an, das Land muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.“ LH Mag. **Franz Voves** versprach eine Fortsetzung dieser Programme: „Das Thema Aus- und Weiterbildung hat

für die Landesregierung oberste Priorität. Rund 8.600 SteirerInnen profitieren derzeit von diesen wichtigen Beschäftigungsprogrammen.“ LH-Stv. **Hermann Schützenhöfer** betonte: „Wir müssen alles tun, damit die Wirtschaft investiert, im Bereich der Energie- und Umwelttechnik können bis 2013 17.500 Arbeitsplätze entstehen.“ Wirtschafts- und Innovationslandesrat Dr. **Christian Buchmann** berichtete, dass durch das Jugendprogramm „Green Jobs“ bereits 100 Lehrplätze geschaffen wurden. Für Bildungslandesrätin **Elisabeth Grossmann** ist es besonders wichtig „das außerschulische und das schulische Angebot an Berufsorientierung so zu verknüpfen, dass eine optimale Berufsorientierung sichergestellt wird.“

Familie stärken – Familie lustvoll lebbar machen!

„Gerade der Steirischen Volkspartei ist bewusst, dass sich das Bild der Familie gewandelt hat. Familienbilder spiegeln den gesellschaftlichen Wandel wider und verändern sich – sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung von Familie als auch der Anzahl der Familienmitglieder. Darum sind wir gefordert, auf die verschiedenen und unterschiedlichen Familienformen einzugehen, die Bedürfnisse zu unterstützen und konkrete Maßnahmen zu setzen“, so NAbg. **Ridi Steibl** bei der Präsentation eines der heurigen Themenschwerpunkte des Weiß-Grünen Weges der StVP: Familie stärken – Familie lustvoll lebbar machen. „Zahlreiche Fachleute und ExpertInnen haben sich mit Maßnahmen zur Stärkung der Familien befasst. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe unter der Leitung von NAbg. Steibl

werden in den Landtag Steiermark eingebracht“, erklärte ÖVP-Klubobmann Mag. **Christopher Drexler**. „Es gilt die Vielfalt von Familie und auch die Vielfalt der persönlichen Lebenspläne zu akzeptieren. Mit 15 Anträgen möchte die Steirische Volkspartei einen Beitrag leisten, damit Familie wieder intensiver gelebt werden kann“, so Steibl und Drexler (im Bild).



Steirische Jugendliche blicken zuversichtlich in die Zukunft

Steirische Jugendliche blicken trotz Krise positiv in die Zukunft: Zu diesem Schluss kommt die zweite steirische Jugendstudie, die, gefördert vom Jugendressort des Landes Steiermark, von der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus erstellt wurde.

Ende Oktober präsentierte Jugendlandesrätin **Elisabeth Grossmann** gemeinsam mit **Christian Ehebreiter** und der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus die zweite steirische Jugendstudie. Trotz wirtschaftlicher Rezession ist die steirische Jugend durchaus optimistisch: „Mich freut es, dass trotz weltweiter Wirtschaftskrise 93% der Jugendlichen ihrer persönlichen Zukunft mit Zuversicht entgegensehen“, sagte Landesrätin Grossmann. Dieser Optimismus zeigt sich auch in der Einschätzung der beruflichen Zukunftsperspektiven, wie die Studie zu Tage förderte: 78,6% der jungen SteirerInnen sind überzeugt, dass ihre beruflichen Wünsche in Erfüllung gehen werden.

sieben Euro weniger Taschengeld, durchschnittlich 137,- Euro weniger Lehrlingsentschädigung beziehungsweise Gehalt, durchschnittlich 47,- Euro weniger an Einkommen aus Nebentätigkeiten und 20,- Euro weniger Einkommen aus sonstigen Quellen lukrieren. Über alle befragten Jugendlichen hinweg verfügen die Burschen damit durchschnittlich über 145,- Euro pro Monat, die Mädchen jedoch nur über rund 85,- Euro.



Elisabeth Grossmann: „Mich freut es, dass trotz weltweiter Wirtschaftskrise 93% der Jugendlichen ihrer persönlichen Zukunft mit Zuversicht entgegensehen.“

Fehlende Geschlechtergerechtigkeit. Trotzdem zeigte die Jugendstudie 2009 auch, dass es Bereiche gibt, in denen keineswegs alles eitel Wonne ist: Dazu zählt unter anderem der Umstand, dass Mädchen im Vergleich zu den Burschen deutlich weniger Taschengeld zur Verfügung haben – die geschlechterspezifische Diskriminierung, die sich im Erwachsenenalter etwa in der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen bemerkbar macht, schlägt sich demnach auch schon im Jugendalter nieder. So zeigte die Befragung von mehr als 2000 steirischen Jugendlichen, dass Mädchen – wie auch später die erwachsenen weiblichen Berufstätigen – monatlich durchschnittlich um

Die Bekämpfung dieser Ungleichheit möchte Landesrätin Grossmann in Zukunft in Angriff nehmen: „Leider müssen sich die Mädchen schon früh daran gewöhnen, im Vergleich mit den Burschen nicht gleich viel an Mitteln zur Verfügung zu haben. Das hat natürlich Folgen, denn wenn diese Ungerechtigkeit bereits im Jugendalter existiert, dann determiniert sie auch für das Erwachsenenalter. Unser Ansatz zur Entfernung dieser Diskriminierung ist die Elternbildung: Mit besonderen Angeboten und mithilfe entsprechender Angebote wollen wir in Hinkunft Mütter und Väter sensibilisieren.“ | [gis](#)

Kommentar der Frauenbeauftragten

Mikrokosmos Taschengeld

von Maggie Jansenberger



Mädchen bekommen weniger Taschengeld als Burschen (85€:145€). Frauen verdienen weniger als Männer (70%:100%). Frauen haben eine geringere Pension als Männer (66%:100%). Frauen haben ein höheres Armutsrisiko 14%:11%) und Frauen besitzen weltweit nur 1% des Vermögens. Liegt es daran, dass sie alle einfach schlecht verhandeln? Wohl kaum. An und für sich Frau zu sein, birgt bereits das Risiko, sozial und finanziell an den Rand gedrängt zu werden – egal welchen Alters, in welcher Position oder Funktion und trotz der Tatsache, dass 52 % der Bevölkerung Frauen sind! Doch überall, wo Frauen & Geld aufeinander treffen – sei es nun beim Taschengeld, beim Einkommen oder bei der Pension – herrscht die Verwaltung des Mangels. Nicht anders ist das in den Bundes-, Landes- und Stadtbudgets.

Die Frauenressorts haben Mittel in der Größenordnung eines Taschengeldes, abgedeckt werden muss damit aber die Größenordnung eines Lebensunterhalts. So macht etwa das Grazer Frauenbudget gerade einmal 0,09% des Gesamtbudgets aus. Das ist, als entfielen von 100 Euro Budget für den Wochenend-Einkauf gerade 1 Cent auf spezielle Frauen-Bedürfnisse – davon kann frau sich nicht mal einen Lolly kaufen! An satt werden ist da gar nicht zu denken – obwohl der Magen knurrt. Der Bedarf an den Angeboten für Frauen in den Bereichen Beratung, Bildung, Hilfe bei Gewalt, Gesundheit, Mädchenförderung, Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, Spracherwerb, Integration, Kultur, Wissenschaft und an vielem anderen mehr ist nämlich weitaus größer, als er derzeit gedeckt werden kann. Einrichtungen, die für Frauen und Mädchen bedarfsorientiert Leistungen erbringen, tun dies mittlerweile unter Bedingungen, die untragbar geworden sind: stagnierende Finanzierung bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach den Angeboten, prekäre Arbeitsverhältnisse, unbezahlte Mehrleistungen etc. Diese Zustände sind aber weder gottgegeben noch unveränderbar. Sie wären zu ändern, indem die Stadt Graz endlich

erkennt, dass sie Verantwortung für die Gleichstellung der Geschlechter hat und dass es für die Lebensfähigkeit einer Stadt und die Lebensqualität ihrer BewohnerInnen ausschlaggebend ist, welchen Status Frauen haben. Wenn erkannt wird, dass es ein Vielfaches an Folgekosten verursacht, wenn Frauen mittelfristig auf der „Reparaturseite“ unserer Gesellschaft landen, da sie in ihren verschiedenen Lebensbereichen vermehrt auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, anstatt die Angebote von Fraueneinrichtungen nutzen zu können. Eine adäquate, langfristige Aufstockung des Grazer Frauenbudgets ist daher nicht nur unumgänglich, sie ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Und da bei uns Frauenpolitikerinnen selbst um ein Taschengeld ringen müssen, kann man fragen: Welchen Stellenwert haben Frauen bei uns? Die Antwort gibt wohl auch der letzte „Global Gender Report“: Österreich liegt in Sachen Gleichstellung auf Platz 41 (von 134) und beim Einkommensvergleich innerhalb der „EU-27“ landen wir auf Platz 26. Dass sich das ändert, ist der Auftrag auch an alle Kommunalpolitiker. Nicht nur wegen der erbärmlichen Platzierung im Ranking, sondern weil die Kommunen seit Juni 2009 laut Bundesverfassung zu Gender Budgeting verpflichtet sind. Das bedeutet, alle Ausgaben- und Einnahmenbereiche darauf hin zu überprüfen, welche Auswirkungen sie auf die Lebenssituationen von Frauen bzw. Männer haben und ob sie Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verringern oder aber verstärken. Es geht eben nicht nur um eine Finanzgebarung nach Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, sondern auch um Geschlechter- und damit soziale Gerechtigkeit.

Maggie Jansenberger,
Unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz
maggie.jansenberger@stadt.graz.at

Verteilungsgerechtigkeit im Visier: Wer zahlt für die Kosten der Krise?

Mitte Oktober veranstaltete die Sozialistische Jugend Österreich in Kooperation mit dem VSStö Graz, Attac, der GPA-djp-Jugend, der Aktion Kritischer SchülerInnen und der Grünalternativenjugend Steiermark (GAJ) einen „Steuerpolitischen Abend“. Im Mittelpunkt: Das heimische Steuersystem und seine Schwächen.

Neben mehreren Workshops, die konkrete Vermögenssteuermodelle vor dem Hintergrund der gegenwärtig aktuellen Vermögens- und Steuerlastenverteilung beleuchteten, wurde von den OrganisatorInnen auch eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Vermögenssteuern – wie weiter?“ organisiert. Dabei diskutier-

von der Arbeiterkammer Wien über die Notwendigkeit eines Umdenkens im heimischen Steuersystem.

Frauen massiv von Krise betroffen. Die renommierte Wirtschaftswissenschaftlerin Gabriele Michalitsch wies mit Nachdruck darauf hin, dass sich die heimische Gesellschaft in Folge der Krise auseinander entwickle: „Das zunehmende Auseinanderdriften der Gesellschaft wird auch dadurch beschleunigt, dass sich die Konjunkturpakete nur im Baugewerbe und in der Industrie niederschlagen. Dadurch kommen Frauen am Arbeitsmarkt nicht zum Zug. Sie sind von der Krise massiv betroffen.“ Petra Ziegler von Attac Österreich betonte, dass Österreich im OECD-Vergleich keinesfalls

gekostet sind enorm, vor allem kann vom Ende der Krise, wie zum Teil von Medien kolportiert, keine Rede sein. Deshalb muss Ausgleich geschaffen werden und jene zur Kasse gebeten werden, die in den letzten Jahren Vermögen angehäuft haben.“

Zankapfel: Mittelstand. ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler verteidigte in seinem Statement die Rettung der Banken, immerhin „musste das Finanzsystem in seinen Grundfesten gerettet werden“. In der jetzigen Phase der Krise, sei es notwendig, „möglichst vielen Menschen Arbeit zu geben“, sagte Drexler. Einer etwaigen Vermögenssteuer steht er ablehnend gegenüber: „Eine solche Steuer bringt nur dann genügend Einnahmen, wenn auch der Mittelstand entsprechend dazu beiträgt. Und das kann aus meiner Sicht nicht der Sinn sein.“

Der neue Präsident des steirischen Landtags, Kurt Flecker (SPÖ), bezifferte die unmittelbaren Kosten der Krise für die Steiermark aufgrund ausbleibender Einnahmen mit rund 300 Millionen Euro. „Es ist illusorisch zu glauben, dass wir diesen Ausfall nur ausgabenseitig wieder hereinbekommen werden“, sagte Flecker. Für die abweisende Haltung der ÖVP in Sachen Vermögenssteuer gebe es nur einen wirklichen Grund, so Flecker: „Es ist Fakt, dass die ÖVP keine Vermögenssteuer will, weil sie damit ihrer eigene Klientel schaden würde.“ Wolfgang Moitzi von der Sozialistischen Jugend sieht in neuen Steuern gerade auch für jüngere Menschen einen positiven Nutzen: „Gerade für junge Leute, für die ‚Generation Praktikum‘ kein Schlagwort sondern Realität ist und auch für junge ArbeitnehmerInnen wäre eine Vermögenssteuer eine Zukunftssicherung.“ | [gis](#)



Am Podium (v. r. n. l.): Gabriele Michalitsch (WU, Wien), Otto Farny (AK, Wien) Christopher Drexler (ÖVP-Klubobmann), Petra Ziegler (Attac), Kurt Flecker (SPÖ, Landtagspräsident) und Wolfgang Moitzi von der Sozialistischen Jugend (SJ).

ten Landtagspräsident **Kurt Flecker** (SPÖ), ÖVP-Klubobmann **Christopher Drexler**, **Wolfgang Moitzi** von der Sozialistischen Jugend (SJ), **Petra Ziegler** von Attac, die Wiener Ökonomin **Gabriele Michalitsch** und **Otto Farny**

eine gute Figur mache. „Es gibt bei und eine Schieflage zwischen der Besteuerung von Kapital auf der einen und Arbeit auf der anderen Seite.“ Weber wies auch auf die Konsequenzen der Kosten der Krise hin: „Die Fol-

„Diese Menschen haben einfach Freude am Leben“

Die Israelin Chava Shelhav hat über Jahre mit Moshe Feldenkrais, dem Begründer der Feldenkrais-Methode, zusammengearbeitet. Heute ist sie eine der weltweit führenden TrainerInnen dieses Ansatzes der körperorientierten Lernmethode. Die von ihr entwickelte „Child' Space“-Methode, konzipiert speziell für Säuglinge und Kleinkinder, lehrt sie in Ausbildungszentren in Chicago, Tel Aviv und Amsterdam, weltweit gibt es über 300 TrainerInnen.

Anlässlich des Kongresses „Es ist nie zu früh!? - Frühförderung im Säuglingsalter“, veranstaltet vom Wissensforum der Zeitschrift **BEHINDERTE MENSCHEN** in Kooperation mit dem Studiengang Sozialmanagement der Fachhochschule Joanneum, kam Chava Shelhav nach Graz. Gregor I. Stuhlpfarrer erklärte sie, dass Menschen, die sich intensiv mit Feldenkrais auseinandersetzen, glücklicher sind.

Sie haben jahrelang mit Moshe Feldenkrais zusammengearbeitet. Können Sie die Grundzüge der Feldenkrais-Methode kurz skizzieren?

Moshe Feldenkrais hat sich ständig mit dem Zusammenhang zwischen Bewegung und dem Denken beschäftigt. Für ihn hat Bewegung nicht nur mit den Muskeln zu tun, sondern er ist immer davon ausgegangen, dass das Denken und die Emotionen in die Bewegung mit einfließen. Er hat mit diesem Ansatz eine Methode gefunden, mit der man über die Bewegung die Bewusstheit des Menschen aktivieren kann.

Welche konkreten Auswirkungen hat das für Erwachsene?

Bei den Erwachsenen kann das Gleichgewicht wieder hergestellt werden, beispielsweise bei jenen Menschen, die mehrere Stunden am Tag im Büro sitzen müssen. Die, die sich wenig bewegen, und wie wir wissen, wird diese Gruppe immer größer, können durch die Feldenkrais-Methode ihre Gelenke, ihre Muskeln aktivieren. Zusätzlich zur Verbesserung der Haltung dieser Menschen steigt auch das Wohlbefinden. Erwachsene können mit Feldenkrais also kompensieren, sie können aber auch jene Anteile ihres Bewegungsapparats anregen, die sie nicht oder selten benutzen.

Sie selbst haben die Child-Space-Methode entwickelt, die sich vor allem Kleinkindern widmet. Worum handelt es sich dabei?

Man kann von Kindern prinzipiell viel mehr erwarten, als es die gängige Meinung ist. Auch sehr kleine Kinder können Bewegungsübungen machen und haben eine gut ausgeprägte Wahrnehmung. Kinder, die

das im weiteren Leben natürlich negativ auf ihr Selbstbild aus.

Welche Rolle spielen die Eltern?

Die Kommunikation innerhalb der Familie und die Dynamik derselben lässt sich verbessern, weil die Eltern ja an ihre Kinder glauben und sie selbst auch stark davon profitieren, wenn die Kinder körperlich und in Bezug

können bereits imitieren, die Spiegelneuronen sind bereits in der dritten Woche aktiviert. Wir wissen auch, dass der emotionale Zustand des Babys in jeder Phase der Entwicklung eine große Rolle spielt.

Generell ist das Repertoire an Bewegung bei vielen Kindern sehr eingeschränkt. Feldenkrais und die Child-Space-Methode möchte den Kindern mehr Bewegungsmöglichkeiten geben. Wenn ein Kind beispielsweise drei verschiedene Möglichkeiten beherrscht, um sich aufzusetzen, dann hat es zweifellos einen Vorteil.

Welchen Nutzen haben die Kinder, mit denen Sie arbeiten, im späteren Leben?

Diese Menschen lieben Bewegung, lieben Berührung, sie sprechen schneller und klarer, sie singen gerne, haben ein sehr ausgeprägtes, soziales Verhalten. Sie haben einfach Freude am Leben. Es hat also nicht nur Auswirkungen auf den Bewegungsapparat, sondern auch auf das Selbstbild und die Persönlichkeit des jeweiligen Menschen.

Für Moshe Feldenkrais hatte das Selbstbild (self-image) stets eine zentrale Bedeutung. Kann dieses Selbstbild in einem besonderen Maße ausgeprägt werden, wenn ihre Methode bereits bei ganz kleinen Kindern angewandt wird?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wenn ein Kind nicht alleine sitzen kann mit sieben, acht Monaten und die Mutter oder der Vater dem Kind im guten Glauben ständig beim Sitzen aufhilft, dann hat das Kind keine Möglichkeit, im Rahmen seiner eigenen Entwicklung diesen Schritt zu lernen. Wenn die Eltern dem Kind zu sehr helfen, dann verliert es die Autonomie und die Selbstständigkeit. Das Selbstgefühl des Kindes sagt: Ich kann nicht. Wenn eine Mutter das Kind aber auch lässt, dann kann es sein Selbstbild finden und dieses Bild ist für die weitere Entwicklung enorm wichtig.



Chava Shelhav: Wenn die Kinder früh genug ihren Bewegungsapparat aktivieren, dann hat das auch Auswirkungen auf ihre spätere emotionale Verfasstheit.

Gleichgewichtsstörungen haben, die Probleme mit der Fein- oder Grobmotorik haben, Kinder, die motorische Probleme haben, für sie alle bringt die Child-Space-Methode Vorteile.

auf ihre Bewusstheit Entwicklungsschritte vollziehen können.

Welche Übungen führen Sie mit den Kindern durch?

Das wird für jedes Kind individuell abgestimmt, es gibt also keine Konfektion an Übungen, die alle bekommen. Über propriozeptive Reize, also über die Stimulation der Haut, der Muskeln, der Knochen oder der Gelenke werden Informationen ans Gehirn übermittelt. Daran kann man dann auch erkennen, ob alles in Ordnung ist oder eben nicht. Ansonsten wird gebeugt, gestreckt, rotiert, aber zum Beispiel auch Kommunikation geübt. Die Kinder sind im frühen Alter sehr aufnahmefähig. Auch kleine Babys

In welchem Alter profitieren Kinder im Besonderen von dieser Methode und welche Entwicklungsschritte stellen sich ein?

Ich arbeite mit Kindern ab der ersten Lebenswoche bis hinein ins dritte Lebensjahr. Wenn die Kinder früh genug ihren Bewegungsapparat aktivieren, dann hat das auch Auswirkungen auf ihre spätere emotionale Verfasstheit. Denn wenn sie schon im frühen Alter spüren, dass etwas nicht in Ordnung ist, dann wirkt sich

Auszeichnungen für steirische Volkshilfe

Die Volkshilfe in der Steiermark wurde gleich zweimal mit dem Österreichischen Pflege- und Betreuungspreis ausgezeichnet: Die Jury vergab den Preis an den Pflegetamtmittler in Judenburg, der pflegende Angehörige unterstützt und betreut. Beim Online-Publikumsvoting bekam die Wohnbetreuerin **Elke Simhofer** vom Betreuten Wohnen in Pöls die meisten Stimmen unter den HeimhelferInnen. Auf Simhofer entfielen in der Kategorie „MitarbeiterInnen aus Pflege und Betreuung“ die meisten Stimmen, nämlich 1025; ihr Schwerpunkt ist die SeniorInnenanima-

tion zum Erhalt der körperlichen, seelischen und geistigen Gesundheit der BewohnerInnen.

Der Österreichische Pflege- und Betreuungspreis wird von der Österreichischen Volkshilfe gemeinsam mit dem „Pflegernetz“ vergeben, um das besondere Engagement von Menschen in der Pflege und Betreuung und Innovationen im Bereich gemeinnütziger Organisationen auszuzeichnen. Gefördert wird der Preis vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und von Novartis und den österreichischen Lotterien.



Die steirischen PreisträgerInnen mit Bundesminister Hundstorfer und Jurymitglied Barbara Stöckl

KORSO erweitert den steirischen Horizont.

Qualität hat ihren Preis. Wenn Sie diese KORSO-Ausgabe

gratis erhalten haben, liegt das damit als Abonnentin/Abonnenten

einzig daran, dass wir Sie gewinnen wollen.



Wir schenken Ihnen ein Buch!

Für jedes neue Abo (18,--) gibt's einen der drei nachstehenden Titel nach Wahl als Dankeschön kostenfrei dazu:

1. Rosina-Fawzia Al-Rawi: Zwischen Tisch und Diwan. Ein (vegetarisches) orientalisches Kochbuch. 230 S.
2. Gerald Schöpfer, Peter Teibenbacher: Graz seit 1945. Daten, Fakten, Kommentare. Graz: Leykam, 288 S.
3. Herbert Zinkl: Der doppelte Boden der Wirklichkeit. Merkwürdige Geschichten. Graz: Steir. Verl.-Ges., 216 S.

Abonnieren ist einfach.

Zahlen Sie EUR 18,-- auf das Konto 00000285890 bei der Steiermärkischen Bank, BLZ 20815, ein und vermerken Sie: „Jahresabo“ und die Nummer des gewünschten Buches (also 1, 2 oder 3). Geben Sie bitte unbedingt Namen und Adresse an. Wir senden Ihnen nach Eingang der Zahlung das Buch sowie die aktuelle KORSO-Ausgabe umgehend zu.

Mit Sprachförderung fit für die Schule

Wie es auch schon der Wunsch der ehemaligen Bildungslandesrätin Bettina Vollath war, so ist es auch Elisabeth Grossmanns Anliegen, die Bildung im Kleinkindalter in der öffentlichen Diskussion zu verankern.

Besonders im Bereich des Sprach-erwerbs wird der Grundstein in den Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen gelegt, er muss daher auch intensiv gefördert werden. Alle Kinder sollen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um dem Unterricht in der Volksschule folgen zu können, denn sprachliche Rückstände sind während der Schulzeit nur schwer aufzuholen. Um spätere Probleme zu vermeiden, muss schon im frühen Alter die Lust auf Sprache geweckt und eine sprachanregende Umgebung geschaffen werden. Die Initiative zur frühen Sprachförderung soll nun die Eltern bei der sprachlichen Bildung ihrer Kinder unterstützen. Derzeit wird steiermarkweit spätestens 15 Monate vor Schulbeginn eines Kindes eine Sprachstandsfeststellung durch die KindergartenpädagogInnen erhoben. Sie soll klären, ob ein Kind zusätzliche Sprachförderungen benötigt. Bei 1400 Kindern ist dies der Fall. Mehr als die Hälfte davon hat Deutsch als Muttersprache.



Exakt 56 Einrichtungen haben die kostenfreie Unterstützung der DolmetscherInnen bislang in Anspruch genommen.

Bratungskonzept nah an den Bedürfnissen. Seit Herbst 2008 werden – unter der Leitung von **Katica Brčina** – die steirischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen durch zehn mobile SprachberaterInnen in 171 Einrichtungen individuell unterstützt. Das Beratungskonzept sieht vor, dass sich SprachberaterInnen an den Bedürfnissen vor Ort orientieren,

KinderpädagogInnen beraten, unterstützen und ihnen spezielle Materialien und Bildungsmittel bereitstellen. Regionale Fortbildungsveranstaltungen ermöglichen allen PädagogInnen, die Inhalte der frühen sprachlichen Förderung zu erlernen. Das Projekt nimmt aber auch die Mehrsprachigkeit der Kinder wahr und sieht sie als Entwicklungspotential, um die

sozialen und interkulturellen Kompetenzen der Kinder zu fördern. Die unterschiedlichen Muttersprachen der Kinder werden nicht als zweitrangig betrachtet, denn sie müssen eine solide Basis für das Erlernen weiterer Sprachen sein.

Der im Jänner eingeführte Omega-Dolmetschpool unterstützt die Eltern bei der Informationseinholung, um eine Bildungspartnerschaft zwischen ExpertInnen und Eltern zu ermöglichen. Bereits mehr als 150 Mal in 56 Einrichtungen wurde die kostenfreie Unterstützung der DolmetscherInnen wahrgenommen, um beispielsweise bei Elterngesprächen zu helfen. Zusätzlich werden mehrsprachige Informationsmappen angeboten. Erste Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass sowohl Eltern als auch PädagogInnen positive Erfahrungen mit der frühen Sprachförderung und dem Dolmetschpool gemacht haben. Bisher kam es zu 447 Sprachberatungsbesuchen sowie zu 118 Dolmetsch-Einsätzen. Da es zu einer langfristigen Ausweitung des Projekts kommen soll, fordert Grossman zusätzliche Mittel des Bundes an, um die Sprachbetreuung zu verstärken. Auch ein Antrag an den Europäischen Integrationsfond (EIF) soll den Ausbau des Dolmetschpools ermöglichen. | Melanie Chung

Designwerkstätte zum Wiedereinstieg

Pro Mente Steiermark eröffnet Anfang November seine neue Designwerkstätte in der Sporgasse 29. Dort werden 20 neue Beschäftigungsplätze für Menschen angeboten, die aufgrund einer psychischen Erkrankung noch nicht einer geregelten Arbeit nachkommen können. Gezieltes Training und die Entwicklung von Perspektiven sollen den Betroffenen helfen, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden und zu festigen. In der Designerwerkstätte werden trendige Taschen, Accessoires, Schmuck, Futterale, Puppen und Schlüsselanhänger gefertigt. Infos: design@promentesteiermark.at

Kevin Li zu Gast in Graz

Kevin Li, Arbeitsrechts- und Umweltexperte und Mitbegründer der chinesischen NGO „Globalization Monitor“ (Hong Kong/China), ist im Rahmen einer Europa-Tournee auf Einladung von Südwind/CleanIT zu Gast in Graz. Seit vielen Jahren arbeitet Kevin Li mit Greenpeace China und anderen chinesischen Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. In Graz wird er unter anderem sein neues Buch „No Choice but to fight!“ vorstellen, das den Kampf chinesischer ArbeiterInnen dokumentiert.

Termin: 19.11.2009, 18:00: Institut für Geografie und Raumforschung KF-Graz, Hörsaal UR 11.04. Veranstalter: Südwind Steiermark, OIKOS Graz

Gender Mainstreaming und Behinderung

Unter dem Titel „Gender und Behinderung“ hat die Landesstelle Steiermark des Bundessozialamts eine Studie in Auftrag gegeben, die die Benachteiligungskonstellationen von Frauen mit Behinderung am Arbeitsmarkt unter die Lupe nimmt.

Gender und Behinderung“, die vom Institut für Arbeitsmarkt-betreuung und Forschung (IFA) durchgeführte Studie hat die Zusammenwirkung der beiden sozialen Strukturmerkmale „Geschlecht“ und „Behinderung“ unter die Lupe genommen. Dr.ⁱⁿ **Margareta Steiner**, Leiterin der Landesstelle Steiermark des Bundessozialamts hat die Expertise in Auftrag gegeben. „In der Diskussion zum Thema ‚Arbeit und Behinderung‘ wird häufig vernachlässigt, dass sich es sich bei Menschen mit Behinderung um Frauen und Männer mit Behinderung handelt, die nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch am Arbeitsmarkt unterschiedliche Ausgangslagen und Chancen vorfinden“, sagt Steiner. Aus diesem Grund sei es auch notwendig, diese Thematik ins Zentrum der öffentlichen Kritik zu rücken und einen wissenschaftlichen Blick auf die unterschiedliche Lebenssituation von Frauen und Männern mit Behinderung zu werfen, erklärte Steiner. Ausgangspunkt für diesen wissenschaftlichen Blick sind mehrere aktuelle Studien und Forschungsergebnisse, die zum Schluss kommen, dass die Geschlechtszugehörigkeit eine entscheidene Bedeutung für die Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung besitzt. Die Investigation der Studienautoren zeigte, dass Frauen mit Behinderung doppelt respektive mehrfach diskriminiert werden. So sind sie nicht selten aufgrund ihrer biologischen Geschlechtszugehörigkeit als Frauen und zum anderen als Mitglieder einer sozialen Gruppe mit Beeinträchtigungen und Behinderungen verschiedensten Diskriminierungen

ausgesetzt. Derartige Benachteiligungen werden beispielsweise am Arbeitsmarkt sichtbar, zeigen doch die unterschiedlichsten Befunde, dass die Wahrscheinlichkeit als behinderter Mensch im Erwerbsleben zu stehen, erheblich geringer ist als

fördert die Studie unterschiedliche Benachteiligungskonstellationen zu Tage: So verfügen Frauen mit Behinderung wesentlich häufiger als Frauen ohne Behinderung und Männer mit Behinderung über einen Bildungsabschluss, der nicht über

ringste Einkommen und damit auch eine höhere Armutsgefährdungsquote als Männer mit Behinderung und Frauen und Männer ohne Behinderung aufweisen. Im Unterschied zu Frauen ohne Behinderung muss laut Studie auch davon ausgegangen werden, dass sie krankheits- bzw. behinderungsbedingt höhere Alltagsaufwendungen haben. Ferner sind von Armut betroffene Frauen mit Behinderung oft mit verschärften Implikationen konfrontiert: Ihnen steht meist ein noch geringeres monatliches (Transfer-)Einkommen als Männern mit Behinderung zur Verfügung, sie sind potentiell in verstärkter Art und Weise von ihren Partnern abhängig. Es zeigt sich also, dass Frauen mit Behinderung „in einem hohem Maße von höchst prekären Lebensbedingungen betroffen sind.“ | pm



Frauen mit Behinderung werden doppelt diskriminiert – und sind in hohem Maß von höchst prekären Lebensbedingungen betroffen.

bei Menschen ohne Behinderung. Die Wahrscheinlichkeit, als Frau mit Behinderung einer Erwerbsarbeit nachzugehen, ist noch geringer. Dem entgegen ist die Zahl derer sehr groß, die ausschließlich im Bereich der Hausarbeit unbezahlte Arbeit leisten oder im sogenannten „Graubereich des Arbeitsmarktes“ verschwinden. Gelingt Frauen mit Behinderung der Einstieg in das Erwerbsleben, so zeigen sich hinsichtlich ihrer Beschäftigungs- und Einkommenssituation ähnliche Muster wie bei Frauen ohne Behinderung: Sie sind vor allem in frauentypischen Tätigkeitsbereichen beschäftigt, gehen wesentlich häufiger als Männer einer Teilzeitarbeit nach und erzielen wesentlich geringere Erwerbseinkommen als Männer.

Benachteiligungen im Bildungsbereich. Auch im Bildungsbereich

die Pflichtschule hinausgeht. Auch im Rahmen der integrativen Berufsausbildung sind Frauen unterrepräsentiert und ergreifen vorwiegend in frauentypischen Bereichen einen Lehrberuf. In Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation sind Frauen mit Behinderung noch immer unterrepräsentiert. Ihre Zugangschancen werden häufig durch fehlende Voraussetzungen wie Versicherungszeiten und oder bestehende Kinderbetreuungspflichten erschwert. Besonders benachteiligt sind Frauen in ländlichen Regionen, alleinerziehende Mütter mit Behinderung und Migrantinnen mit Behinderung, die nur selten über Unterstützungsmöglichkeiten und ihnen zustehende Ansprüche Bescheid wissen.

Armutsgefährdung. All diese Indikatoren führen schlussendlich dazu, dass Frauen mit Behinderung das ge-

20-Jahre-Feier: Werk für menschenwürdige Therapieformen

Am 14. November begeht das Werk für menschenwürdige Therapieformen mit einem Vortrag und einer Podiumsdiskussion sein 20-Jahr-Jubiläum. Am Programm stehen Vorträge von Dr. **Johann Loibner**, Dr. **Leo Popp**, **Elfi Mußbacher** und des Gesundheitsökonominnen Univ.-Prof. DDr. **Christian Köck** – im Fokus der Vortragsreihe steht der „mündige Patient“, der aus der Sicht eines Arztes, eines Juristen, einer Diplomkrankenschwester und eines Gesundheitsökonominnen beleuchtet wird.

Kursbeitrag: MitgliederInnen 15€, Gäste und Abonnenten: 20€. Infos: 0676/42 43 693 oder unter www.wfmf.net

TrauDi!

Schutz vor Gewalt!

TrauDi! – der steirische Kinderrechte-Preis geht heuer an Projekte, die den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt zum Ziel haben.

TrauDi! 2009
die Preisverleihung
19. November 2009
20 Uhr
Dom im Berg, Graz
Tel. 0316/877-4921

Jetzt in die Sozialwirtschaft investieren!

Mit Sparpaketen soll den Ertragseinbrüchen aus Steuern entgegengewirkt werden. Es ist höchste Zeit, dass die steirische Sozialwirtschaft das Potential ihrer Konjunkturkraft in die öffentliche Diskussion einbringt. Für die Volkshilfe ist es klar: Bei der Bewältigung der Krise dürfen jene, die sie verursacht haben, nicht aus ihrer Verantwortung genommen werden.



Franz Ferner: „Es kann und darf nicht sein, dass die Bewältigung der Krise auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird, die zum Ausbruch dieser Krise nichts beigetragen haben.“

lich in den Schuldenabbau – soweit die bisher bekannten Vorhaben der Landesregierung.

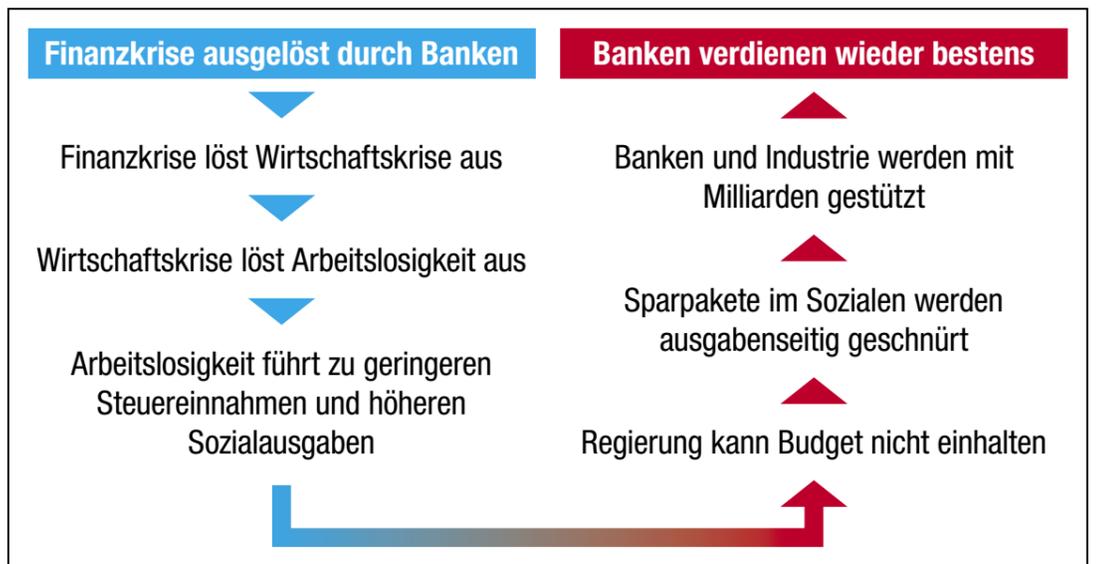
Auslöser der Krise sind nicht jene, die sie bezahlen.

Die geringeren Steuereinnahmen sind zu einem wesentlichen Teil auf die stark gestiegene Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die Ursache dafür liegt maßgeblich in der von der Finanzwelt ausgelösten Wirtschaftskrise. „Arbeitslosigkeit führt zu geringeren Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben. Bis jetzt flossen Milliarden zur durchaus notwendigen Sicherung und Stabilisierung von Banken und Arbeitsplätzen in der Industrie. Nun gehört vor allem die steirische Sozialwirtschaft in ihrer Rolle als Konjunkturmotor stärker in die öffentliche Diskussion gebracht“, bringt es Franz Ferner, Geschäftsführer der Volkshilfe Steiermark, auf den Punkt, „es kann und darf nicht sein, dass die Bewältigung der Krise auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird, die zum Ausbruch dieser Krise nichts beigetragen haben.“ Das sozialpolitische Ziel der Volkshilfe bleibt weiterhin eine präventive und nachhaltig wirkende Sozialpolitik, die dazu beiträgt, soziale Ausgrenzung zu vermeiden und zu bekämpfen. Durch die Leistungen der sozialen Einrichtungen können zehntausende Menschen am gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Geschehen teilhaben.

Sozialwirtschaft als Konjunkturmotor: Fünf gute Gründe dafür.

„So wie es bisher durchaus Sinn machte, die Banken und die Industrie mit unterschiedlichen Maßnahmen und finanziellen Investitionen zu stützen, so sind sich viele Wirtschaftsforschungsinstitute sicher, dass nachhaltige Investitionen in Bildung und Soziales in unserem Land zur Bewältigung der Krise nachhaltig beitragen können“, so Franz Ferner.

Im Jahr 2009 und 2010 soll es trotz minderer Steuereinnahmen keine Neuverschuldung gegenüber den Budgetentwürfen geben. Durch die Wirtschaftskrise werden Mindereinnahmen für beide Jahre von 400 Millionen gegenüber Plan prognostiziert. Ein harter Sparkurs ab dem Jahr 2011 soll zusätzlich eine 25%-ige Ersparnis in allen Ressorts bringen. Und schließlich soll eine „Schuldenbremse“ nach Schweizer Vorbild dafür sorgen, dass künftig nicht mehr ausgeben als eingenommen wird. Zusätzliche Einnahmen fließen hauptsächlich



Der soziale Sektor schafft Beschäftigung

www.volkshilfe.at

für industrie und banken millionen fix – für soziales gibt es nix?

Sozialwirtschaft stärken!

- schafft Arbeitsplätze
- sichert soziales Kapital in den Regionen
- belebt die Konjunktur

volkshilfe.

Fünf Aspekte zeigen, was damit alles gemeint sein könnte.

1. Soziale Unternehmen schaffen mehr Arbeitsplätze als vielen bekannt ist!

In regelmäßigen Abständen wird in der Steiermark die Frage nach der Finanzierbarkeit sozialer Leistungen gestellt. „Warum dient immer wieder nur der soziale Sektor als Zielscheibe von Finanzierungs- und Einsparungsdiskussionen“, fragt Franz Ferner und gibt auch die Antwort, „weil die wirtschaftliche Kraft und Bedeutung der sozialen gemeinnützigen Unternehmen und Vereine – also der steirischen Sozialwirtschaft – oftmals gar nicht bekannt ist.“ Tatsächlich liegen beispielsweise die Volkshilfe und die Caritas in Bewertungen der Steirischen Gebietskrankenkassen unter den 16 größten Unternehmen der Steiermark. Leider fehlt bislang eine steiermarkweite Aufstellung aller sozialen Einrichtungen in Bezug auf ihre Wirtschaftskraft.

2. In sozialen Unternehmen steckt wirtschaftliche Kraft und sozialer Mehrwert.

Die wirtschaftliche Kraft und Bedeutung sozialwirtschaftlicher Unternehmungen wird in Österreich vielfach unterschätzt. Alleine im Gesundheits- und Sozialwesen sind österreichweit rund 350.000 Menschen beschäftigt, das sind rund 10% aller Beschäftigten in Österreich. Noch nicht eingerechnet: der gesamte Bildungssektor.

In den letzten Jahren haben enorm viele soziale Organisationen ihre Rechtsform in ein gemeinnütziges Unternehmen umgewandelt, um somit den produzierten sozialen Mehrwert durch professionelles, wirtschaftliches Handeln abzusichern. Kostenrechnung, ISO-Zertifikate und Prozesssteuerung der Dienstleistungen sind seit langem in sozialen Unternehmen übliche

Werkzeuge. „Mit einem Unterschied: Statt Gewinnmaximierung und Gewinnausschüttung gilt das Kostendeckungsprinzip und die Erwirtschaftung von sozialem Mehrwert, der die Ausrichtung der Sozialwirtschaft bestimmt“, ergänzt Ferner.

3. Investitionen in den Sozial- und Gesundheitsbereich kommen sicher vielfach zurück.

„Die in den Sozial- und Gesundheitsbereich investierten Kosten wirken eindeutig als Konjunkturmotor. Nicht umsonst bezeichnet der Leiter des Arbeitsmarktservice Steiermark die Sozial- und Gesundheitsbranche als ‚stabilen Faktor‘ der steirischen Wirtschaftslandschaft“, so Ferner. Die Volkshilfe beschäftigte Ende 2008 rund 2.200 angestellte MitarbeiterInnen, Ende drittes Quartal 2009 sind es bereits 2.380 Frauen und Männer. Ein Zuwachs von 180 Arbeitsplätzen, der in jedem anderen gewerblichen Dienstleistungssektor Jubelmeldungen in den Nachrichten verursacht hätte. „Diesen Trend hin zur Schaffung nachhaltiger, auf die steirischen Regionen verteilter Arbeitsplätze setzt allein die Volkshilfe bereits seit rund 15 Jahren erfolgreich um.“

4. Das Sozialsystem ist finanzierbar!

Seit Jahrzehnten wird von konservativen und neoliberalen PolitikerInnen gebetsmühlenartig propagiert, dass die Sozialausgaben unfinanzierbar wären. Ein Blick auf die Entwicklungen der Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts zeigt ein deutlich differenziertes Bild: Seit 2003 sind die Ausgaben rückläufig und betragen 2007 gerade 28% des BIP. Im Vergleich dazu hat sich das steuerfinanzierte Abgabensystem zunehmend wachstums- und beschäftigungsfeindlich (überdurchschnittliche und steigende Belastung des Faktors Arbeit) entwickelt und ist die eigentliche Ursache für die Diskus-

sion der sogenannten „Nichtfinanzierbarkeit des Sozialsystems“.

Ferner: „Die Diskussion um die Finanzierbarkeit leitet sich vielmehr daraus ab, dass seit Ende der 90iger Jahre die Bedeutung verteilungspolitischer Aspekte (sinkende Belastung von Vermögen oder Vermögenszuwachs, ersatzloser Wegfall der Erbschaftssteuer etc.) fahrlässig außer Acht gelassen wurde.“ Daraus abgeleitet werden vor allem in Zeiten einer Krise die strukturellen Probleme im (Steuer-) Abgabensystem sichtbar.

5. Budgets dürfen nicht nur ausgabenseitig saniert werden!

„Debatten um die Finanzierbarkeit des Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystems sind eine wunderbare Ablenkung von den Verursachern und Gewinnabschöpfern der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die aktuelle Stimmung in der Bevölkerung lässt vermuten, dass der politische Preis für eine rein ausgabenseitige Sanierung für die staatstragenden Parteien viel zu groß sein wird. Ohne neue Quellen aus z.B. vermögensbezogenen Steuern zu erschließen und eine ernsthafte Reform der öffentlichen Verwaltung anzugehen, wird die Sanierung der Budgets nicht gelingen“, gibt Franz Ferner zu bedenken.

„Kurz gefasst: Die sozialwirtschaftlichen Unternehmungen in der Steiermark werden in den nächsten Monaten ‚zusammenrücken‘ müssen. Zusammenrücken, und jene PartnerInnen in der Landespolitik unterstützen, die bereits erkannt haben, dass Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich nur als kurzfristige Budgetkosmetik zu sehen sind und die erkannt haben, dass sich daraus nachhaltig ein Desaster für die volkswirtschaftliche Entfaltung des Landes und viele einzelne Menschen in der Steiermark entwickeln würde!“